

## **Offener Brief an die österreichische Bundesregierung**

**Sehr geehrte Bundesregierung!**

**Graz, im Jänner 2014**

Trotz Ihrer Zusage vor den letzten NR Wahlen, keine „Massensteuern“ zur Budgetsanierung einzuführen, kommt es jetzt doch zu einer Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer für alle in Österreich zugelassenen PKW und zu einer „neuen NOVA“ für alle neu zugelassenen PKW.

Dieser Umstand allein ist schon unverständlich, aber ich reklamiere als einer der vielen PKW-Händler in Österreich auch die Vorgangsweiser.

Leider gelingt es der Vertretung unserer KFZ-Branche nicht ausreichend, die Probleme, die damit auf alle Händler zukommen, der österreichischen Bundesregierung entsprechend zu übermitteln.

Ich bin mit meiner Verkaufsmannschaft permanent damit beschäftigt, allen Interessenten Rede und Auskunft zu erteilen, mit welchen Konsequenzen diese mit der jetzigen Umstellung zu rechnen haben.

Kunden, bei denen die Lieferzeiten nicht gehalten werden können, reklamieren ihren vereinbarten Kaufpreis und wollen mit der neuen Belastung nichts zu tun haben.

**Warum**, sehr geehrte Bundesregierung sollen die österreichischen Autohändler viel Zeit und Ressourcen dazu verwenden, um Kunden und Interessenten Steuern zu erklären, die der Staat plötzlich und mit beinahe keiner Übergangszeit neu definiert??

**Warum**, sehr geehrte Bundesregierung, müssen wir jetzt mehrere Paletten völlig neu gedruckte Preislisten entsorgen und auf unsere Kosten wieder neue ordern?

**Warum**, sehr geehrte Bundesregierung, müssen alle Händler teure Umstellungen in ihren IT Systemen vornehmen lassen, nur weil „der Staat“ eine neue veränderte Abgabe einführt??

Allein für diese zusätzlichen Kosten müsste der Staat dem österreichischen Fahrzeughandel eine entsprechende Zuwendung zukommen lassen.

Unsere Aufgabe ist es, Kunden für neue, innovative und umweltfreundliche Produkte zu begeistern, aber nicht permanent neue Steueranpassungen und deren Komplexheit zu erklären!

Auch erleiden wir als Händler einen großen wirtschaftlichen Schaden, da wir diverse Lagerfahrzeuge geordert oder im Vorlauf haben, welche in dieser kurzen Übergangszeit nicht zu verkaufen sind. Bei frühzeitiger Information hätten wir diese Modelle nicht mehr auf Lager disponiert!

Somit bleibt wieder die Enttäuschung und Feststellung, dass ein wirtschaftliches Wohlergehen des KFZ Handels die Regierung in keiner Weise interessiert.

Wir werden dies zu kommunizieren wissen...!

**Herbert Pirker**, Mercedes-Benz Verkaufsleiter für Steiermark und südl. Burgenland